



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksversammlung Altona

A/BVG/

Drucksache XIX - XXX
Datum XX.XX.2011

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Für eine echte Bürgerbeteiligung bei der Entwicklung der „Mitte Altona“

Im Vermittlungsverfahren unter Leitung des Schlichters Geissler wurde von diesem sinngemäß formuliert, dass bei Stuttgart 21 leider jeder Kompromiss zu spät käme, weil man nicht, wie in der Schweiz beim St.-Gotthard-Tunnel-Projekt vor Beginn der konkreten Planungs- und gar Bauphase die Meinung der Bevölkerung eingeholt habe, sondern darauf erst zu einem Zeitpunkt eingegangen sei, als es kein Zurück mehr gab.

Dies haben wir in Hamburg mit der Elbphilharmonie ähnlich erlebt. Mit der Schließung und eventuellen Verlegung des Altonaer Fern- und Regionalbahnhofes liegt die Sache anders. Weder gibt es bislang einen endgültigen Beschluss seitens der Deutschen Bahn AG noch ist die Finanzierung durch Einstellung in den Bundesfernwegeplan abgesichert. Unter diesen Umständen drängt es sich auf, aus anderswo gemachten Fehlern zu lernen und vor einer endgültigen Beschlussfassung ein Meinungsbild und Votum der Altonaerinnen und Altonaer einzuholen, um dies der Bahn und dem Bund als einzigem Eigner der Bahn mit auf den Weg bzw. die Schiene zu geben.

Dies ist auch im Zusammenhang mit der Entwicklung der Bürgerbeteiligung zur Mitte Altona, die ja die Schließung des Altonaer Fern- und Regionalbahnhofes impliziert, unbedingt geboten. Des weiteren ist in der Zwischenbilanz-Veranstaltung am 5. April 2011 zum Thema 'Mitte Altona' mit dem Oberbaudirektor deutlich geworden, dass die Anwohnerinnen und Anwohner mit dem von der BSU/Senat organisierten bisherigen Beteiligungsverfahren unzufrieden sind. Auch weil die Ergebnisse des aufwändigen bezirklichen Zukunftsplanverfahrens Mitte Altona ausdrücklich das Vorbehaltsgebiet ausnehmen.

Vor diesem Hintergrund möge die Bezirksversammlung beschließen:

1. Aufhebung des Vorbehaltsgebietes und Rückführung in die bezirkliche Mitsprache.
2. Städtebauliche Verträge zwischen dem Bezirksamt Altona und den Eignern/Investoren über die Sicherung sozialen Wohnungsbaus.
3. Durchführung einer Volksbefragung zur Schließung des Altonaer Fern- und Regionalbahnhofes.
4. Offenlegung der Ergebnisse der Voruntersuchungen zum Bahngelände (verkehrliche Entwicklung insbesondere der Harkortstr.; Auswirkungen der möglichen Schließung des Altonaer Fern- und Regionalbahnhofes).

Petition:

Die Bezirksversammlung wird um Zustimmung gebeten.